

politische ökonomische Erklärung von Budgets Oder wie kommt welches Budget zu stande?

- In der direkten Demokratie bzw. in Kleingruppen werden hauptsächlich öffentliche Güter und gemeinsam konsumierte Leistungen angeboten.
- Das Problem der Free rider tritt in kleine Gruppen gar nicht auf.
- Bei direkten Demokratien werden die Sachfragen von den Wählern selbst entschieden.
- Insgesamt muss aber auch die Abstimmungsregel beachtet werden, je weiter man von der Einstimmigkeitsregel zur Einpersonenregel übergeht desto mehr Eigeninteressen einzelner Gruppen bzw. Koalitionen von Gruppe können sich durchsetzen, und gegebenenfalls eine Minderheit ausbeuten.
- Eine Lösung dieses Problem ist auf der Verfassungsebene möglich wenn dort z.B. ein Minderheitenschutz eingebaut wird.

Stabilitätsgesetz

- Wurde eingeführt mit dem Ziel einen Ausgleich der Konjunkturzyklen zu ermöglichen.
- Problem ist die Feststellung des Problems, z.B. wenn es zu einem Aufschwung nach einer Rezession kommt wird niemand eine Politik befürworten die mittels Steuererhöhungen versucht diesem abzubremesen.
- Da aber auch eine Regierung selbst aus Eigennutz aktiv eingreift indem sie z.B. Konjunkturzyklen verstärkt um eine bevorstehende Wahl zu gewinnen, kam es nur selten zum Einsatz dieses Gesetzes.

Parteienkonkurrenz

- Da die Parteien um die Stimmen der Wähler konkurrieren müssen sie im Wahlkampf bzw. im Parteiprogramm ihrer eigene Ideologie hinter den Wünschen der Wähler anstellen.
- Im zwei Parteien Modell kommt es zu einem stabilen Gleichgewicht und allein der Zufall entscheid welche Partei gewinnt.

Strategisches Verhalten

- Aufgrund der eingeschränkten Möglichkeit des Free rider in kleinen Gruppen kann es hier unter anderem zu strategischem Verhalten kommen.

- Das führt zwar zu einem geringeren Versorgungsniveau aber einige sparen Kosten.

politische Unternehmer

- Sind der Mittler zwischen Wähler und Politik.
- Da sie Stimmenmaximierer sind müssen sie zuerst den Wählerwünschen gerecht werden, dann erst ihrer Ideologie.

Stabilität einer kollektiven Entscheidung

- Die Stabilität von kollektiven Entscheidungen ist i.d.R. nicht gegeben.
- Unter bestimmten Voraussetzungen kann ihre Stabilität erhöht werden.
  - Zu einen kann man eine Einheit der Materie verlangen also heterogene Fragen dürfen nicht mit einander verknüpft werden.
  - Nur eingipflige Präferenzen.

Stimmenmaximierungshypothese

- Parteien sind Stimmenmaximierer die versuchen eine möglichst hohe Zahl an Stimmen zu erlangen.

direkte Demokratie

- Wähler stimmen selbst über Sachfragen ab, z.B. in Form eines Referendums.

institutionelle Konkruenz

- Ein und dieselbe Person ist Nutznießer und Steuerzahler

temporäres Monopol der Regierung

- Die Regierung erhält mit ihrer Wahl ein temporäres Monopol politische Entscheidungen zu treffen.
- Sie kann dieses ausnützen um Indikatoren wie z.B. Inflationsrate und Arbeitslosenquote zu steuern um so ihre Chancen auf eine Wiederwahl zu erhöhen.

eingipflige/ mehrgipflige Präferenzordnungen

- Eingipflige Präferenzen setzen voraus das sich die Alternativen auf einer eindimensionalen Skala anordnen lassen.

- Die beste Alternative ist der Präferenzgipfel, von ihm aus gesehen fallen die Präferenzen nach beiden Seiten monoton ab.
- Bei mehrgipfligen Präferenzen kommt es bei Abstimmungen zu einem Annahmezyklus bei dem die Transitivitäts Bedingung verletzt wird.
- Was angenommen wird hängt dann nur noch von der Abstimmungsreihenfolge ab.(s.a. Agenda Setter Problem)

#### Politischer Konjunkturzyklus

- Können durch den aktiven Eingriff der Regierung entstehen, wenn sie versucht die Arbeitslosenquote und Inflationsrate zu manipulieren.
- Der Eingriff erfolgt aber i.d.R. nur vor einer Wahl und bei gleichzeitiger schlechten Popularitätswerten der Regierung.

#### Medianwähler(-gleichgewicht)

- über und unter dem Medianwähler gibt es gleich viel Stimmen.
- Ein Medianwählergleichgewicht ist i.a. kein Paretooptimum.
- Stabile Gleichgewichte kommen auch mit anderen Mehrheitsregeln zu stande.

#### Philips Kurve

- Negativer Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote.
- Anfangs war man von der Möglichkeit eines Trade Off zwischen den beiden Werten überzeugt, nach dem man es versucht hatte hat sich die Philipkurve aufgelöst, die langfristige Philippskurve verläuft senkrecht.
- Der Schnittpunkt der Abszisse bildet die inflationsstabile (natürliche) ALQ (NAIRU)

#### Arrow Paradoxon

- Entsteht bei der Aufgabe der eingipfligen Präferenz, daraus folgt keine eindeutige Rangfolge der Alternativen, es kann ein Zyklus entstehen.
- Der Vorsitzende(Agenda Setter) kann das Ergebnis durch die Wahl der Abstimmungsreihenfolge beeinflussen.

#### rationale Erwartungen

- Unter der Annahme von Rationalen Erwartungen werden die Individuen die Pläne der Regierung durchschauen und sich diesen anpassen.
- Beim Versuch die Philips Kurve auszunützen werden die Arbeitnehmer die Reallöhne beachten und nicht die Nomiallöhne.

#### Prinzip der Einheit der Materie

- Das Prinzip besagt das Hetrogene Fragen bei einer Abstimmung nicht miteinander Verbunden werden dürfen.

#### Popularität der Regierung

- Die Popularität der Regierung ist nur mit Hinblick auf den nächsten Wahltermin für die Regierung interessant.
- Ist die Popularität gering und die Wahlen stehen bevor wird die Regierung zu einem Wählerkonformenverhalten gezwungen.

#### repräsentative Demokratie

- Zweistufiges Verfahren
- Wähler wählen Abgeordnete die dann über Sachfragen abstimmen.

#### probabilistisches Wählerverhalten

- zufälliges Wählerverhalten